

im Imperialismus auch andernorts derlei Herrschaftspraktiken an. Ausstaffiert mit allen Machtvollkommenheiten, sollen „Führer“ vom Kaliber Hitlers frei von allen „Verfassungsschranken“ im Innern und nach außen agieren dürfen. Verabsolutierung der imperialistischen Staatsallmacht und perfide Mißachtung der eigenen Gesetzmäßigkeit markieren die Hinwendung zur Reaktion auf der ganzen Linie.

Die antikommunistische Totalitarismuskonzeption

Der durch die Zerschlagung der faschistischen Aggressorstaaten im zweiten Weltkrieg bewirkten Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und der Demokratie sieht der Imperialismus nicht untätig zu. Er verstärkt seine ideologischen Angriffe gegen den Sozialismus, gegen den Marxismus-Leninismus. „Im Bestreben, sein zum Untergang verurteiltes System zu erhalten, greift er zu vielfältigen antikommunistischen politischen und ideologischen Konzeptionen und Methoden des Kampfes.“²¹

Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus in der BRD, die Einbeziehung der BRD in die NATO, die Wiederaufrüstung, der Ausbau eines gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder gerichteten Propagandaapparates kennzeichneten seit den 50er Jahren das politische Klima. Die strikte Ausrichtung der Staatstätigkeit auf die Interessen des Großkapitals führte in der BRD zu wachsender Verfolgung von Kommunisten und anderen Demokraten.

Für dieses Vorgehen bedurfte es einer passenden ideologischen Verbrämung, die sich gleichermaßen gegen den äußeren wie inneren „Feind“ richtete. Mochten bei der Interpretation der Vorgänge im eigenen Herrschaftsbereich auch mannigfache Nuancen in den Einzelfragen gegeben sein — in der Argumentation gegen den Kommunismus herrschte weitgehend Einigkeit. Die Klammer, die alle Spielarten bürgerlicher Staatsideologie vereinigen sollte, war die Totalitarismuskonzeption, deren Hauptthese in der Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus besteht.²² Reinhard Opitz schrieb: „Für die Bundesrepublik ... wurde die Totalitarismustheorie zur staatskonstitutiven Philosophie und politischen Lebensideologie.“²³

Einmalms von faschistischen Ideologen in Italien in der Zusammensetzung „totalitärer Staat“ ab Mitte der 20er Jahre zur Selbstcharakterisierung benutzt, in Deutschland Anfang der 30er Jahre von professoraler Seite in den politischen Sprachgebrauch übernommen, wurde diese Doktrin nunmehr völlig umfunktionierte: Sie sollte die Handhabe bieten, „die Machthaber in der DDR und der Sowjetunion leicht einzuordnen und mit dem Schlagwort Totalitarismus zu treffen“, und es andererseits ermöglichen, „durch Gleichsetzung der nationalsozialistischen und sowjetisch-kommunistischen Herrschaftsformen sich selbst aus der Vergangenheit nach Westen davonzustehlen“.²⁴

Das Simulieren einer Distanz zum Nazifaschismus machte die Alibifunktion dieses ideologischen Hauptinstruments in der Phase der Wiedererrichtung der Machtpositionen des Imperialismus in der BRD aus. Eugen Gerstenmaier, seinerzeit Präsident des BRD-Bundestages, faßte das auf dem Bundesparteitag der CDU im Jahre 1954 in die Worte: „Zwar ist der Totalitarismus im Zeichen des Hakenkreuzes und des Likorenbündels vernichtet. Dafür steht aber der im Zeichen von Hammer und Sichel expansiv gewordene Totalitarismus im Herzen Europas, und er beginnt auch die Herzkammern Asiens zu umgreifen.“²⁵

Nachdem in den 60er Jahren die „Politik der Stärke“ gescheitert war, verlor die grobschlächtige Antikommunismus-Variante vorübergehend ihre Attraktivität. „Wandel-durch-Annäherung“-Parolen und Konvergenztheorie vertrugen sich schlecht mit der politischen „Rot-gleich-Braun“-Farbenlehre.²⁶ Doch vor dem Hintergrund der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in den 70er Jahren sind wir Zeugen einer spürbaren Reaktivierung des Totalitarismus-Schemas geworden, wurde es zu einer praktischen „Sammlungskonzeption der Rechtskräfte“.²⁷ Gestützt auf diese Doktrin wird in der BRD die Politik der Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten betrieben. In Bundestagswahlkämpfen wurde sogar die SPD seitens bestimmter CDU/

CSU-Politiker unter Totalitarismus-Verdacht gestellt, indem man mit der These auftrat, auch die Nazifaschisten seien in erster Linie Sozialisten gewesen!

So dient die antikommunistische Totalitarismus-Doktrin dazu, von eigener totalitärer (= faschistischer) Vergangenheit (und teilweise Gegenwart) abzulenken und die eigenen Regimes als demokratische Ordnungen schlechthin darzustellen. Damit wird versucht, den Wesensunterschied zwischen dem faschistischen Regime, das wie die bürgerliche Demokratie eine Form der Diktatur der Bourgeoisie ist, und der Diktatur des Proletariats zu verwischen.

Konservativ-autoritäre Ideologie im Vordringen

Die besondere Art der Verflechtung von allgemeiner Krise und zyklischer Krise, die für das kapitalistische System der Gegenwart kennzeichnend ist, drückt sich in Tendenzen zunehmender Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie und politischer Entwicklung nach rechts aus. Es wächst der Einfluß der aggressivsten Gruppen der imperialistischen Bourgeoisie. Dem entspricht im Bereich der Ideologie ein neuerlich zunehmender Einfluß konservativer Ideen und Konzepte.²⁸

Der Widerspruch zwischen den wachsenden rüstungs- und machtpolitischen Ambitionen maßgeblicher herrschender Kräfte in der BRD, die Abnahme des ökonomischen Spielraums für eine sozial-integrative Einbindung der Bevölkerung in diese Politik, der Versuch, die anhaltende Krise auf Kosten der arbeitenden Menschen zu bewältigen, bei gleichzeitigem Aufschwung der Friedensbewegung, tritt in der „wachsenden Tendenz des Monopolkapitals“ hervor, „zu repressiven und autoritären Herrschaftsmethoden zu greifen“.²⁹ Forciert wird die allmähliche Umgestaltung der BRD zu einem „Überwachungsstaat“ betrieben.³⁰ Gestützt auf einen militanten Antikommunismus, werden unter Verwendung amerikanischer Vorbilder bei gleichzeitigem Rückgriff auf eigene unheilvolle Traditionen die Bemühungen verstärkt, sozusagen prophylaktisch, präventiv die Entfaltungsmöglichkeiten der gesellschaftlich fortschrittlichen Kräfte einzuzengen!³¹

Dementsprechend werden politische Leitbilder propagiert oder reaktiviert, die in der Konsequenz auf eine weitere Drosselung der ohnehin deformierten bürgerlichen Demokratie hinauslaufen. Obschon noch mit einem Fragezeichen versehen, soll der Neokonservatismus als die „Leitidee der achtziger Jahre“ den von steigender Existenzangst befallenen Massen schmackhaft gemacht werden.³² Es wird gegen die „Gleichmachungs-Gleichheit“ gewettert³³; die Elitetheorie erfährt neue Verbreitung.³⁴ Es sollen Gewöhnungseffekte an ein autoritäres Regime erzeugt und die Sehnsucht nach einem „starken Staat“ erweckt werden, in dem „Zucht und Ordnung“ herrschen. Von daher kommt auch allen neofaschistischen Zusammenschlüssen und ihren terroristischen Handlungen, kommt der Verbreitung neofaschistischer Ideologien zum Zwecke der Herrschaftssicherung des Imperialismus in der BRD eine eindeutige Funktion zu. Sie erfüllen eine Stoßtruppfunktion im Sinne des Antikommunismus und erlauben es den Hauptparteien des Monopolkapitals, sich als Parteien der „Mitte“ auszugeben.

Daher geht auf ideologischem Feld die gegen den Sozialismus gerichtete neuerliche Aufladung des Totalitarismusbegriffs einher mit dem Ausblenden des Faschismus als Realität von gestern und heute. Ein allgemeiner Faschismusbegriff wird schlichtweg bestritten. Von der „Unzulänglichkeit des Gattungsbegriffs Faschismus“ ist die Rede.³⁵ Es heißt: „So fragwürdig der Begriff eines übernational existierenden (Faschismus)“ erscheint, so singular stellt sich Hitlers deutsche Diktatur im Lichte der Forschung dar.“³⁶ Man plädiert für eine „individualisierende Begriffsbildung“, weil angeblich der Hitlerfaschismus „unvergleichbar“ sei.

Die Folge davon ist, daß jede Möglichkeit wissenschaftlicher Verallgemeinerung, jede Klassifizierung, jede Typisierung von Staaten mit faschistischen, faschistoiden oder ähnlich autoritären Regimes wegen ihrer „Einmaligkeit“, ihres „Ausnahme“-Charakters (im Sinne Carl Schmitts) ausgeschlossen sein soll. Mit Recht gelangt R. Opitz zu der Fest-